

Karl-Georg Zinn: Epochenkrisen und Krisenepoche

Karl-Georg Zinn hatte zur Tagung zugesagt und konnte leider aus gesundheitlichen Gründen nicht kommen. Hier der Text, den er uns zugesandt hat.

Epochenkrisen und Krisenepoche – Vorläufige Thesen zur Ambivalenz der historischen Formation des Kapitalismus und seiner Krisen

1 Psychologische Kriseneffekte: Realitätsverlust und Stimmungsausschläge

Bis zum September 2008, also dem Beginn der ersten großen Wirtschaftskrise des 21. Jahrhunderts, glaubte selbst die Mehrheit der professionellen Ökonomen, d. h. die Vertreter der Mainstream-Ökonomik, – von der breiten Öffentlichkeit gar nicht zu reden –, dass Krisen im Ausmaß der Großen Depression der 1930er Jahre der Vergangenheit angehörten. Der Glaube erwies sich als Irrglaube, was einen kollektiven Schock auslöste. Die Krisenwahrnehmung eskalierte zu einer Überreaktion (overshooting) und führte zu einer hysterisch übersteigerten Aktivität der Funktionseliten. Das erklärt den aberwitzigen Umfang der Milliardenbeträge, die von den Regierungen zur Rettung der vermeintlich „systemrelevanten“ Finanzinstitute bereit gestellt wurden, ohne dass dabei lange über die Folgen für die Staatshaushalte, über die Gefährdung der Währung und der künftigen Leistungsfähigkeit des Staates nachgedacht wurde. Der hysterischen Überreaktion folgte dann aber eine ebenso wirklichkeitsblinde Entwarnung, nachdem sich herausgestellt hatte, dass die Lage zwar ziemlich übel blieb, aber doch nicht so schlimm erschien, wie anfangs empfunden worden war. Es machte sich ein Bewältigungsoptimismus breit, und die hoffnungsvollen Erwartungen schlugen sich in einem erneuten Overshooting nieder – nun in Richtung Krisenverharmlosung. Die Talsohle sei durchschritten; das Wachstum kehre zurück; die Arbeitslosenzahlen stabilisierten sich; Export und Konsum versprächen eine positive Entwicklung usw. Diese psychologisch bedingte Realitätsferne korrespondiert mit dem defizitären Bewusstsein für die historische Entstehung der Krise und für die systemimmanenten Prozesse der Krisenbildung. Deshalb auch die Personalisierung und Moralisierung bei der Suche nach den Krisenursachen. Schuldige sollen gefunden werden, die wenn nicht bestraft, dann wenigsten beschimpft werden können. Ärger und Wut lassen sich so ins Belanglose ableiten, und die gebotene Systemdiagnose bleibt aus. Der krasse Widerspruch zwischen dem technisch-wissenschaftlichen Fortschritt und seinen humanen Resultaten einerseits und der permanenten Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Produktionsverhältnisse andererseits, die die volle Ausschöpfung der von Wissenschaft und Technik möglich gemachten Wohlstands- und Zivilisationspotentiale verhindern, bleibt in der systemkonformen Krisen-debatte ausgeblendet. Würde dieser Widerspruch hingegen ernsthaft erörtert, müsste die Frage aufgeworfen werden, ob nicht die gesamte Epoche seit Beginn der industriekapitalistischen Entwicklung eine historisch (bisher) einmalige Krise darstellt. Denn die planetarische Megakrise – Klima, Umwelt, globale Demontage des ökologischen Gesamtsystems, Raubbau an den erschöpfbaren Ressourcen, kurz der längst bekannte Prozess der Zerstörung der Lebensgrundlagen für kommende Generationen, begann vor mehr als 200 Jahren. Seitdem haben alle Generationen mehr oder weniger viele und mehr oder weniger tief gehende Krisen erlebt, aber sie nahmen das als einzelne Ereignisse wahr – nicht als Symptome einer permanenten Krise, nicht als Wesensmerkmal der gesamten industriekapitalistischen Epoche. In der historischen Retrospektive aus dem Jahr 2200 oder vielleicht schon 2100, wenn sich ein nachkapitalistisches System etabliert haben wird, dürfte die historisch so kurze Zeitspannen zwischen dem 18. und dem 21. Jahrhundert hingegen als Krisenepoche wahrgenommen werden – als eine extrem verlustreiche Übergangsphase zwischen der Welt allgemeiner Armut und der friedlosen Welt einer unhaltbaren Verschwendungsökonomie.

2 Selbstkritik des Westens – (noch) kein Thema

Die Menschheit steht vor beispiellosen historischen Umbrüchen. Dies ist keine neue Erkenntnis, sondern die Alarmglocken schrillten spätestens der Studie des „Club of Rome“ von 1972, und die folgende Entwicklung verschärfte die Dramatik bis in die Gegenwart hinein. Inzwischen meinen einige Fachleute sogar, die kritische Schwelle sei überschritten, von der an eine globale Katastrophe nicht mehr abzuwenden, allenfalls ihre Folgen zu mildern sein werden. Verursacher und Betroffene sind bekanntlich nicht identisch, so wie auch die aktuelle große Wirtschaftskrise gerade jene Länder am härtesten trifft, die nicht an ihr Schuld tragen. Nicht nur die auslösenden Momente der Wirtschaftskrise, sondern ihre langfristigen Ursachen sind in den reichen, hoch entwickelten

Ländern des nordatlantischen Kapitalismus beheimatet, also jener Weltregion, in der die repräsentative Demokratie als Staatsform herausgebildet wurde. Jedenfalls ging die große Wirtschaftskrise von der demographisch gesehen „kleinen“ Region der reichen Nationen aus. Das stimmt nachdenklich, insbesondere angesichts des Anspruchs dieser Nationen, der übrigen Welt, wo die übergroße Mehrheit aller Menschen lebt, die Demokratie zu bringen und den Menschenrechten Geltung zu verschaffen – gegebenenfalls sogar mit militärischen Mitteln.

3 Koexistenz-Ideologie und neokolonialistische Wirklichkeit

Der „Hass gegen den Westen“ (so der Titel eines jüngst publizierten Buches von Jean Ziegler) hat Gründe, und sie finden sich nicht nur im alten Kolonialismus zwischen der Entdeckung Amerikas und dem Beginn des Ersten Weltkrieges, sondern der Neo-Kolonialismus der Gegenwart sollte dabei nicht übersehen werden. Der Schah von Persien, das Pinochet-Regime, der afghanische Korruptionspräsident Karsai – eine vollständige Liste würde ellenlang – verdankten ihre Existenz oberflächlich gesehen dem US-amerikanischen Geheimdienst, aber die CIA ist nur ein Instrument. Bedient wird es von Leuten, die sich, wie es so blasphemisch heißt, die Fingen nicht schmutzig machen. Mit im Boot der subversiven und häufig auch supraversiven Aktionen saßen die Europäer – mit gewissen skandinavischen Ausnahmen. Die kurzfristigen Erfolge solcher „Kriseninterventionen“ haben einen hohen Preis, der in der Zukunft von Andreu als den wahrhaft Schuldigen zu bezahlen sein wird. Die Dialektik der Geschichte steht nicht still. Betrachten wir die Überliberalisierung der vergangenen drei Jahrzehnte. Die Globalisierungspolitik – zugespitzt im „Washington Konsens“ der 1990er zu besichtigen – sollte den Westkapitalismus aus seiner chronischen Wachstumsschwäche führen. Das schien – einzige Zeit lang – zu gelingen. Doch historisch betrachtet beschleunigte die Globalisierungspolitik den Aufstieg von Schwellenländern – insbesondere der CV China – zu starken und inzwischen scheinbar oder auch tatsächlich bedrohlichen Konkurrenten. Die USA gelten zwar immer noch als reichste Volkswirtschaft der Erde, aber längst sind sie auch zum größten Schuldner der Welt geworden, und China ist der Hauptgläubiger. Während der Westen sich in das Abenteuer unhaltbarer Staatsverschuldung stürzt, seine materiellen und moralischen Ressourcen in aussichtslosen Kriegszügen verschleudert und die eigene Bevölkerung mangels angemessener Bildungsausgaben der Entqualifizierung preisgibt, baut China die Infrastruktur afrikanischer Rohstoffländer aus und verschafft sich in steigendem Maße privilegierten Zugang zu den erschöpfbaren Naturressourcen des Planeten. Vom Westen wurde viel gelernt – auch aus seinen Fehlern, die die Schüler zu klug sind, um sie zu wiederholen. Oder gibt es in den bevölkerungsreichsten Volkswirtschaften auch nur entfernt zum Westkapitalismus vergleichbare „Rettungsaktionen“ für bankrotte Spekulationsbanken und durch größenwahnsinnige Manager in den Ruin gesteuerte Produktionsunternehmen? – Eine Weile kann der Westen noch von seiner Substanz leben. Doch wer sein Saatgut verzehrt wird demnächst zum Bettler, zumindest zum Schuldner von Leuten, denen beigebracht wurde, wie der Kapitalismus funktioniert.

4 Wenn die Misere endemisch wird, hält sie der Mensch für normal und akzeptiert sie schicksalsergeben

Die Menschen verstehen Krisen als vorübergehende Störungen dessen, was sie als normal wahrzunehmen gewohnt sind. Das Ausmaß der Störung bestimmt dann auch die Größenordnung, die der Krise zugemessen wird. Hierbei kommen je nach historischen Kenntnissen und eigener Lebenserfahrung eines Subjektes Vergleiche ins Spiel. Die damit eintretenden Relativierungen können sowohl entlastend wirken als auch zu übersteigertem Krisenbewusstsein. Als 1967/68 die erste stärkere Rezession den bundesdeutschen Nachkriegsaufschwung aus dem Tritt brachte, schnellte der Erregungspegel der Öffentlichkeit abrupt nach oben. Die kritische Situation provozierte einen Regierungswechsel. Die erste „Große Koalition“ aus CDU/CSU und SPD übernahm die Amtsgeschäfte. Eine Grundgesetzänderung wurde 1967 vorgenommen, um das damals als modernstes Wirtschaftsgesetz der Welt gefeierte „Stabilitätsgesetz“ (Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft) verabschieden zu können. Die Wirtschaftspolitik reagierte prompt mit Expansionsmaßnahmen, und Wachstum und Beschäftigung nahmen wieder zu. Kaum mehr als ein Dutzend Jahre später begann eine bis heute anhaltende Dauerkrise, die u. a. durch permanent relativ niedrige Wachstumsraten und die im Trend steigende Arbeitslosigkeit charakterisiert ist. Doch als Krise wurde die Situation nur von einer Minderheit erkannt und thematisiert. Die breite Öffentlichkeit hingegen passte ihre Wahrnehmung der Lage den fundamental veränderten Verhältnissen an. Die Arbeitslosenzahlen überstiegen die erste, die zweite, die dritte Million – vorübergehend sogar die Fünf-Millionen-Grenze -, ohne dass es zu großer öffentlicher Erregung oder gar gravierenden Veränderungen im Wahlverhalten kam. Man und frau hatten sich anscheinend an die Dauerkrise, die sie als solche nicht sahen, gewöhnt, nahmen sie als „normal“ hin. Seit Ende der 1970er Jahre ist eine Generation herangewachsen, die in ein Wirtschaftssystem hinein geboren wurde, in dem Massenarbeitslosigkeit endemisch geworden war. Resignation und Ressentiment machten sich breit, aber es fehlten das Bewusstsein, der

Wille und die Kraft für Veränderungen. Weder vor noch nach der neuen deutschen Einheit spielte in der öffentlichen Wahrnehmung der Arbeitslosigkeit eine Rolle, dass Deutschland noch nie eine so lange Phase von Massenarbeitslosigkeit erlebt hatte wie in den Jahrzehnten nach 1980.

Vor dem skizzierten Hintergrund einer quasi nicht thematisierten und nicht begriffenen Dauerkrise lässt sich die aktuelle „Finanzkrise“ als Krise in der Krise interpretieren. Das heißt aber zugleich, dass die Aufregung nach dem 15. September 2008, der medial als Stichtag des Krisenbeginns vermarktet wurde, lediglich der als Störung in einem längst äußerst krisenhaften Entwicklungsprozess empfundenen Geschehen geschuldet ist, nicht aber einer nüchternen, rationalen Einsicht in den Zusammenhang zwischen aktueller „Störung“ und ihrer über fast dreißig Jahre verlaufenen Vorgeschichte. Die Erwartungen der Öffentlichkeit an Regierung und ökonomische Funktionseliten richten sich denn auch kaum oder gar nicht auf fundamentalen Wandel, sondern eher besteht die psychologisch erklärbare Neigung in der breiten Öffentlichkeit, die Beseitigung der Störung mit einer raschen Rückkehr zum Business as usual zu verbinden. Das gilt dann als Reform, und sie legt den Samen für die kommende Krise.

5 Krisen-Ambivalenz und der realkapitalistische Crash-Kurs

Es gehört zu den Kerndogmen der eurozentristischen Ideologie, dass ohne Kapitalismus kein technisch-wirtschaftlicher Aufstieg möglich gewesen wäre, wie er seit Ende des 18. Jahrhunderts stattfand. Auch Marx vertrat diese These und unterfütterte sie mit seiner Geschichtsmetaphysik von der notwendigen Aufeinanderfolge bestimmter sozialökonomischer Formationen – vom Urkommunismus zur klassenlosen Gesellschaft. Die Unkenntnis von Hegel, Marx und anderen großen Geschichtstheoretikern über die technisch-wirtschaftlichen Leistungen außereuropäischer, insbesondere der Kultur des alten China, kam der eurozentristischen Überheblichkeit zugute. So wurde das diffamierende Theorem von der „asiatischen Produktionsweise“, von dem verfaulenden Körper einer in Stagnation verharrenden Gesellschaftsformation unbeabsichtigt zur Stütze kapitalistischer Überlegenheitsideologie. Dass die kapitalistische Entwicklung von Anfang an in Krisenzyklen verlief, dass der innere Mechanismus des Systems Instabilität bewirkte, ist hinlänglich bekannt. Doch retrospektiv erscheint die gesamte bisherige kapitalistische Epoche als eine Krise – als Krisenepoche. Die planetarische Katastrophe mag sich vielleicht noch abwenden lassen, aber dass es überhaupt soweit kommen konnte, ist ein Ergebnis der kapitalistischen Entwicklung, so wie sie historisch stattgefunden hat. Zweifelsfrei barg (und birgt?) der Kapitalismus durch sein technisch-wirtschaftliches Potential auch die Chance, eine „glückliche Welt“ hervorzubringen. Doch Armut, Elend, Krieg, Ausbeutung und dergleichen Geißeln der Menschheit wurden vom realen Kapitalismus nicht abgeschafft, sondern in menscheitsgeschichtlich beispiellosem Ausmaß gesteigert.

Krise, als Begriff der Medizin entlehnt, meint eigentlich eine offene Situation, in der sich entscheidet, ob es besser wird oder ob es zum Exitus kommt. Die Krisenepoche Kapitalismus enthielt – und enthält immer noch – diese Ambivalenz. Der Westen hat sich quasi für den Exitus „entschieden“. Seine Nachfolgekapitalismen außerhalb ihres europäischen Geburtskontinents haben (vielleicht) die Möglichkeit, es besser zu machen und die positiven, humanen Potentiale dieser historischen Formation zur Wirklichkeit zu bringen. Aus dem „Kapitalismus in China“ könnte ein „chinesischer Kapitalismus“ erwachsen, der eher dem Sonderfall des Westkapitalismus, dem skandinavischen, entspricht als der US-amerikanischen Raubtier-Version. Indien folgte seit seiner Unabhängigkeit dem westlichen „Vorbild“, zu dem auch die Sowjetunion gehörte. Die VR China entzog sich lange dem westlichen Einfluss, und nach den Reformen von 1978 und den Folgejahren gelang es dem Westen trotz aller Bemühungen nicht, China seinem Machtanspruch zu unterwerfen und es – wie die übrige wirtschaftlich schwächere Welt – mittels Weltbank, Internationalem Währungsfonds, Welthandelsorganisation und transnationalen Konzernen (es sei von den militärischen Interventionen und den Geheimdienstmachenschaften abgesehen) zu neo-kolonialisieren. Der Vergleich zwischen Indien und China – beides noch relativ arme Länder – ist jedem etwas aufmerksamen Touristen sofort augenfällig, wenn er hinschaut auf die Millionen Elendsgestalten Indiens und sie vergleicht mit den zwar ebenfalls nicht allzu komfortabel gestellten Millionen von chinesischen Wanderarbeitern, denen aber wenigstens eine gewisse Teilnahme am ökonomischen Aufstieg des Landes möglich wurde. Die abstrakten, statistischen Daten sind zwar in Relation zum Augenschein blutleer, aber noch aussagekräftiger: Im „Bericht über die menschliche Entwicklung 2009“ des Entwicklungsprogramms des Vereinten Nationen (UNDP) findet sich die VR China auf Platz 92 des „Index der menschlichen Entwicklung“; Indien steht nicht etwa vor, sondern mit Platz 134 weit hinter China. Selbstverständlich gibt es Gründe und Erklärungen für diese Diskrepanz, aber an dieser Stelle sollte nur darauf aufmerksam gemacht werden, dass der Kapitalismus auch außerhalb seiner nordatlantischen Heimat sehr unterschiedlich Physiognomien aufweist. Es macht eben einen entscheidenden Unterschied, ob die Politik den Kapitalismus instrumentalisiert (so in der Parteidiktatur China) oder der Kapitalismus die Politik gängelt und korrumpiert (so in der Demokratie Indiens). Die im Westen jüngst geführte

Debatte über „Postdemokratie“ (Colin Crouch) thematisiert ein Problembündel, das zu lösen, vielleicht außerhalb des westkapitalistischen Sphäre bessere Chancen haben wird, nachdem der Westen „seine“ Chancen verspielt zu haben scheint. Jedenfalls dominiert bei den westlichen „cultures of capitalism“ nicht das Schwedische Modell, sondern die von Uncle Sam.